

Andelfinger Zeitung, Dienstag, 24. März 2026

## Ein thematisch bunter Strauss

von Dr. Jeannette Wibmer, Kantonsrätin und Präsidentin Die Mitte Bezirk Andelfingen  
24. März 2026



Zu reden gaben an der gestrigen Kantonsratssitzung der Zusatzkredit für Veloprojekte und eine neue Busspur im Projekt «MehrSpur Zürich–Winterthur der SBB in der Stadt Wallisellen sowie den Gemeinden Dietlikon, Wangen-Brüttsellen und Bassersdorf». Die federführende SBB hatte in einer Frühphase deren Kosten um 35 Millionen Franken zu tief geschätzt, weshalb ein Nachtragskredit von 20 Millionen Franken erforderlich wurde (der Bund übernimmt die restlichen 15 Millionen) und die Gesamtkosten des Projekts Brüttener Tunnelausbau inklusive dieses Zusatzkredits neu 108 Millionen Franken sein werden.

Im engen urbanen Raum des betroffenen Gebiets sind keine zusätzlichen Adern für den motorisierten Verkehr mehr möglich, die neue Busspur und die Veloprojekte damit zur Bewältigung des wachsenden Verkehrsaufkommens unabdingbar. Der Zusatzkredit erreichte

deshalb mit 128 Ja das erforderliche Quorum für die Überwindung der Schuldenbremse mit Zustimmung aller Parteien mit einer einzigen Ausnahme deutlich. Damit solche unerwarteten Mehrkosten durch von Dritten federführend betreute Projekte inskünftig möglichst vermieden werden, kündigte die Baudirektion an, Fremdprojekte inskünftig selbst vorab vertiefter zu prüfen.

Kürzlich hatte der Regierungsrat in Beantwortung einer Anfrage aus dem Rat erläutert, dass im Jahr 2021 etwa 20 bis 25 Prozent der Anspruchsberechtigten für eine individuelle Prämienverbilligung keine solche erhielten, weil sie diese nicht selbst für sich beantragt hätten. Vor diesem Hintergrund forderte ein Einzelinitiant aus Zürich, dass künftig für die Ausrichtung kein Antrag mehr nötig sein solle. Für die Unterstützung der Weiterbehandlung fehlte dem Initianten im Rat dafür eine einzige Stimme.

Mehr Erfolg hatten zwei parlamentarische Initiativen (PI), die vom Rat zur Weiterberatung entgegengenommen wurden. Die erste erhielt breite Unterstützung dafür, dass das Handelsregisteramt die öffentlichen Urkunden und Beglaubigungen für Einträge in das Handelsregister künftig auch selbst erstellen kann, also ohne Notariat. Die zweite PI will die bestehende «Ausgabenbremse» mit einer «Mindereinnahmenbremse» ergänzen. Obwohl sie aufgrund ihres Wortlauts nicht nur für Saldoverschlechterungen, sondern auch für -verbesserungen anwendbar ist, wurde ihre Weiterbehandlung von Links genau mit den erforderlichen 60 Stimmen unterstützt.

Mit deutlichem Mehr von 127 gegen 59 Stimmen wurde ein auch von der Mitte eingereichtes Postulat überwiesen, wonach für die Errichtung einer Pergola inskünftig keine Baubewilligung mehr erforderlich sein soll (siehe Beitrag rechts). Heute braucht es eine solche, wenn ihre Grundfläche mehr als sechs Quadratmeter gross ist. Die Mitte fordert diese geplante Vereinfachung für die Grundeigentümerschaft insbesondere, da ihr keine Sicherheitsbedenken entgegenstehen und die Baubewilligungskosten im Verhältnis zu den Kosten einer solchen Pergola heute völlig unverhältnismässig sind.